

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 31. März 1995

Hausruf: 2200

195

A 201  
G 21  
21 3/4  
21 3/4

WV RL 213/19.4.

ZdA  
3  
74

Vermerk

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem polnischen Staatspräsidenten Walesa am 11. März 1995 in Kopenhagen

2.4. So 42 N 4 1

Aus dem einhalbstündigen, in freundschaftlich-lockerer Atmosphäre geführten (Walesa) Gespräch ist im wesentlichen festzuhalten:

1. Innenpolitische Lage in Polen

Staatspräsident Walesa betonte im Hinblick auf die kürzliche Regierungskrise, daß das Land nach 50 Jahren ohne Parteien und ohne Parlamentarismus noch nicht auf ein demokratisch geformtes Regieren vorbereitet sei. Die Parteien verfügten weder über einen richtigen Unterbau noch über eine Basis. Im Regelfall würden leider die größten Fehler gleich nach der Revolution gemacht werden. Es seien daher aus seiner Sicht Korrekturen und Veränderungen notwendig, um solche Fehler abzustellen bzw. für die Zukunft zu vermeiden. Polen komme aber langsam auf den richtigen Weg. Der Kommunismus kehre nicht zurück, auch wenn die früheren Persönlichkeiten und Parteien in veränderter Form wieder in die Regierung und die Parlamente zurückkommen. Anspielend auf die Entwicklung auch in Ungarn und der Tschechischen Republik hob Staatspräsident Walesa hervor, daß es natürlich ein Problem sein könne, in welcher Breite diese Vertreter zurückkommen.

Der Bundeskanzler entgegnete, daß er den innenpolitischen Weg und das Handeln des Staatspräsidenten respektiere. Als er den Namen des neuen Außenministers gelesen habe, habe er applaudiert. Er bitte Staatspräsident Walesa, dem neuen Außenminister einen herzlichen Gruß zu übermitteln.

2. Besuch des Bundeskanzlers in Polen

Der Bundeskanzler betonte, daß er die Entscheidung über seinen beabsichtigten Besuch in Polen sofort nach Abschluß der Regierungsumbildung getroffen habe. Er möchte gern vor der Sommerpause nach Polen kommen, dabei aber auch ein bis zwei Tage außerhalb von Warschau verbringen, um ganz informell das Land näher kennenzulernen.

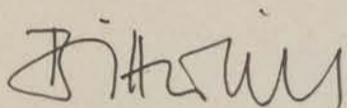
Staatspräsident Walesa erwiderte, der Bundeskanzler sei zu jedem Termin in Polen herzlich willkommen.

### 3. EU- und NATO-Erweiterung

Staatspräsident Walesa sprach mit großem Nachdruck EU- und vor allem NATO-Erweiterung an. Er sehe ein, daß der Beitritt zur EU vor allem ein wirtschaftlicher Prozeß sei und daher länger dauern werde. Beim NATO-Beitritt handele es sich jedoch um eine reine politische Entscheidung. Er rechne insofern fest mit der Hilfe Deutschlands, diesen Beitritt möglichst schnell zu vollziehen. Polen stelle keine Gefahr für Rußland dar, Polen habe auch keine Angst vor Rußland. Auch Rußland sei umgekehrt keine Gefahr für Polen. Polen wolle sich eindeutig für eine der beiden Seiten, nämlich für den Westen, entscheiden. Er habe Verständnis dafür, daß der Westen dabei auch die Bedeutung Rußlands im Auge haben müsse. Der Westen dürfe hier aber kein Veto Rußlands zulassen. Die Erfahrung lehre ihn, daß es nichts bringe, "den Bär milder zu machen". Sein kürzliches Gespräch mit MP Tschernomyrdin sei in den wirtschaftlichen und bilateralen Dingen sehr vernünftig gewesen, dies gelte aber in keiner Weise für das Thema NATO-Erweiterung. Er habe MP Tschernomyrdin klar gesagt, daß Polen die Russen nicht fragen würde, ob sie zur NATO beitreten dürften. MP Tschernomyrdin habe demgegenüber darauf verwiesen, daß es nicht angehen könne, daß die NATO Truppen in Polen disloziere. Er, Walesa, habe ihm geantwortet, daß 1995 im Rahmen des Programms "Partnerschaft für den Frieden" Manöver mit der NATO stattfinden würden; MP Tschernomyrdin müsse sich an diese neuen Gegebenheiten gewöhnen. Man dürfe gegenüber den Russen nicht nachgeben, sondern sehr entschieden vorgehen, da sonst die Russen dies als Schwäche auslegen und immer mehr verlangen würden. Wenn man jetzt nicht handele, würde der Widerstand auf russischer Seite später noch stärker.

Der Bundeskanzler verwies darauf, daß man in der Sache in Wahrheit nicht weit auseinander sei. Man müsse aber in Sachen EU- und vor allem NATO-Erweiterung mit Klugheit und psychologisch geschickt vorgehen. Es sei für ihn klar, daß es nicht angehen könne, insofern die Russen um Erlaubnis oder Genehmigung zu fragen. Man müsse insofern aber Überraschungen für die Russen vermeiden und erlauben, daß sie das Gesicht wahren. Ein Veto-Recht Rußlands sei indiskutabel. Man müsse Rußland aber helfen, damit dort keine künstlichen Sicherheitsgefühle und Ängste sich breit machten. Er stehe hierzu im Gespräch sowohl mit Clinton als auch mit Jelzin. Man habe hier einen Prozeß

eingeleitet, den man Stück für Stück zum Ergebnis führen müsse. Seine Position in Sachen EU-Beitritt sei bekannt. Wann Polen der EU beitreten werde, bestimmte sich danach, ob die Menschen in Polen dies wollten und ob Polen einen bestimmten Status in Wirtschaft und Politik erreicht habe. Sein Ziel sei es, Polen dabei zu helfen, und zwar aus deutschen wie aus europäischen Gründen. Er wolle erreichen, daß die Oder-Neiße-Grenze langfristig die gleiche Bedeutung wie die deutsch-französische Grenze haben werde, die mittlerweile nur noch eine reine Verwaltungsgrenze geworden sei. Polen müsse bei allem Engagement Deutschlands wissen, daß in Wahrheit die Mehrheit der europäischen Mitgliedstaaten gegenüber der Erweiterung zurückhaltend sei und nicht in gleicher Weise helfen wolle.



Bitterlich